

## Toleranz auf dem Prüfstand

Das größte muslimisch geprägte Land der Welt, Indonesien, hat religiösem Extremismus stets widerstanden – bis jetzt.

*Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.*

Aufgrund der vielen 2018 und 2019 anstehenden Wahlen sprechen die Indonesier von „zwei politischen Jahren“. In diesem Jahr werden in der Hälfte der 34 Provinzen die Gouverneure und Parlamente und 2019 das indonesische Parlament und der Präsident gewählt – alle für jeweils fünf Jahre.

Mit seinen 260 Millionen Einwohnern, von denen 87 Prozent Muslime sind, ist Indonesien die größte und bedeutendste mehrheitlich muslimische Demokratie der Welt. Lange Zeit galt das Land als Vorzeigemodell für islamische Toleranz. Und tatsächlich lebten und leben die Indonesier verschiedener Religionszugehörigkeiten bis zum heutigen Tag – abgesehen von gelegentlichen Spannungen und Konflikten – friedlich zusammen. Die Religionsfreiheit ist in der indonesischen Verfassung fest verankert und Nicht-Muslime sind als Bürger Indonesiens voll anerkannt.

In den letzten 18 Monaten schwappte allerdings eine Welle von islamistischem Populismus über das Land, was vielen Indonesiern, einschließlich Muslimen, Sorgen macht. Im Jahr 2014 wurde Joko „Jokowi“ Widodo, der damalige Gouverneur der indonesischen Hauptstadt Jakarta, zum Präsidenten gewählt. Zu seinem Nachfolger als Gouverneur Jakartas wurde damit automatisch sein Stellvertreter Basuki „Ahok“ Tjahaja Purnama. Als Protestant chinesischer Abstammung gehört Ahok sozusagen einer doppelten Minderheit an. Bei den muslimischen Hardlinern stieß er von Anfang an auf heftige Ablehnung. Im September 2016 nutzten sie eine unbedachte Äußerung Ahoks, um ihn der Blasphemie gegen den Islam zu bezichtigen. Unter diesem Vorwand organisierten sie im November und Dezember 2016 in Jakarta und anderen Städten zur „Verteidigung des Islams“ Demonstrationen mit Hunderttausenden von Muslimen. Habib Rizieq Shihab, Gründer und Wortführer der ultra-konservativen Islamischen Verteidigungsfront

(FPI), deren Schlägertruppen gern mal Karaoke-Bars überfallen und Proteste gegen neue Kirchen mit Gewaltakten unterstützen, nutzte die Demonstrationen, um sich selbst zum „Imam (geistlichem Oberhaupt) des indonesischen Islam“ zu ernennen. Er wird weithin von jungen Muslimen verehrt. Als Ahok im April letzten Jahres zur Wiederwahl antrat, verlor er mit einem unerwartet schlechten Ergebnis. Einen Monat später verurteilte ihn ein Gericht unter hohem Druck von der Straße wegen Blasphemie zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Mit Ahok im Gefängnis beruhigte sich die Lage zunächst. Habib Rizieq Shihab, der selbst aufgrund von Gotteslästerung gegen den christlichen Glauben und pornografischen Inhalten auf seiner Facebook-Seite angeklagt wurde, zog sich nach Mekka zurück. Aber jetzt mobilisieren sich die Hardliner-Gruppierungen erneut unter dem Namen „Alumni 212“ – der Name spielt auf eine riesige Anti-Ahok-Demonstration am 2. Dezember 2016 an. Rizieq will am 21. Februar („212“) zurückkehren, um wieder die Führung zu übernehmen. Seine Anhänger haben Präsident Jokowi bereits davor gewarnt, Rizieq verhaften zu lassen, und erklärten den „roten Parteien“ den politischen Krieg, womit vor allem die PDI-P gemeint ist. Die als säkular geltende Partei unter dem Vorsitz von Megawati Sukarnoputri, der Tochter Sukarnos, des ersten indonesischen Präsidenten, unterstützte die Wahl von Jokowi zum Präsidenten.

*Die Frage ist, ob sich die indonesische Pancasila-Demokratie behaupten kann oder ob diese radikalen Gruppierungen zunehmend an Einfluss gewinnen können.*

Die Frage ist, ob sich die indonesische Pancasila-Demokratie behaupten kann oder ob diese radikalen Gruppierungen zunehmend an Einfluss gewinnen können und damit eine Situation wie im Nahen und Mittleren Osten schaffen. Ein Blick zurück in die Geschichte gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

In der Tat hat es immer einen extremistischen Flügel im indonesischen Islam gegeben. Von 1950 bis 1962 führten Rebellen der Bewegung Darul Islam auf Westjava, in Sulawesi und Aceh einen Guerillakrieg gegen die indonesische Zentralregierung. Seit den 1970er Jahren werden die großen säkularen Universitäten Indonesiens von fundamentalistischen Ideologien unterwandert, z. B. von denen der ägyptischen Muslimbruderschaft oder der Hizbuth Tahrir, einer in den 1960er Jahren in Palästina zur Unterstützung eines islamischen Kalifats gegründeten Organisation. Hunderte junger Indonesier kämpften als Mudschaheddin in Afghanistan.

Aber Hardliner und fundamentalistische Ideologen waren immer eine

Minderheit unter den indonesischen Muslimen, die sich selbst als gemäßigt und anti-extremistisch begreifen und sich grob in zwei kulturell-religiöse Richtungen unterscheiden lassen.

Die erste Gruppe sind diejenigen, die ihren religiösen Pflichten nachkommen, aber keine kulturelle oder politische Islamisierung Indonesiens anstreben. Dazu gehören Parteien wie die bereits erwähnte PDI-P, die auch von den indonesischen Christen (9 Prozent der Bevölkerung), den (balinesischen) Hindus und von Anhängern anderer Religionen gewählt wird.

Die zweite, häufig als islamische Hauptströmung bezeichnete Gruppe wird von zwei zivilgesellschaftlichen Großorganisationen vertreten, die es schon vor der (1945 erklärten) Unabhängigkeit Indonesiens gab. Eine davon ist die „Nadlatul Ulama“ (NU), eine eher traditionelle und vorwiegend auf dem Land operierende Organisation mit über 40 Millionen Mitgliedern, die Tausende von Koran-Internaten betreibt. Die andere ist die modernere, vorwiegend in Städten aktive „Muhammadiyah“ mit etwa 30 Millionen Mitgliedern. Sie betreibt Schulen, Krankenhäuser und über 100 Universitäten. Beide Organisationen lehnen einen islamischen Staat als ungeeignet für die indonesischen Verhältnisse ab und haben ausdrücklich die indonesische Staatsphilosophie Pancasila anerkannt. Und beide haben sich auch nicht an den riesigen Anti-Ahok-Demonstrationen von 2016 beteiligt. Die NU und die Muhammadiyah gelten bei Politikern und in der indonesischen Öffentlichkeit schon immer als die repräsentativen Stimmen des indonesischen Islam.

Genau das will die 212-Bewegung ändern, was ihnen eine Zeitlang durch ihre populistische Agitation auch gelang. Aber sowohl die NU als auch die Muhammadiyah sind sich dieser Herausforderung sehr wohl bewusst. Die NU hat sogar in einer Fatwa den von Saudi-Arabien unterstützten Wahabismus zur Irrlehre erklärt. Ihren Islam bezeichnen sie dagegen als „Islam Nusantara“ bzw. „indonesischen Islam“ und betonten, dass der Islam immer im jeweiligen kulturellen Umfeld seiner Anhänger verankert sein müsse. Beide Organisationen sehen nicht die Christen, sondern die extremistischen islamischen Bewegungen als ihre Widersacher an.

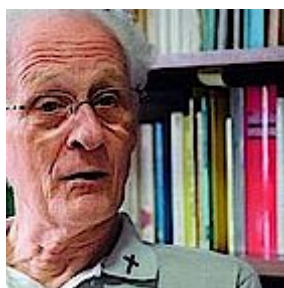
*Offenbar wird sich doch  
ein immer größerer Teil  
der indonesischen  
Bevölkerung der Gefahr*

Offenbar wird sich doch ein immer größerer Teil der indonesischen Bevölkerung der Gefahr für das Land durch eine religiöse Radikalisierung bewusst. Es war auffallend, dass im letzten Dezember viele Muslime über ihren Schatten sprangen und den

*für das Land durch eine religiöse Radikalisierung bewusst.*

Christen fröhliche Weihnachten wünschen, eine Geste, die zuvor unter den Muslimen immer sehr umstritten war. Erstmals nahmen auch führende muslimische Politiker an den Weihnachtsfeierlichkeiten der christlichen Parlamentsabgeordneten teil. Zudem konnte Präsident Jokowi, den die Hardliner für zu unislamisch halten und dem sie misstrauen, seine politische Position stärken. Die NU und die Muhammadiyah scheinen fest entschlossen, nicht noch einmal zuzulassen, dass die Hardliner in der indonesischen Öffentlichkeit die Repräsentation des Islam übernehmen.

Aber vermutlich hängt Indonesiens Zukunft langfristig nicht so sehr von ideologischen Entwicklungen ab, sondern vielmehr davon, ob die Masse des indonesischen Volkes daran glaubt, dass mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Wenn eine Mehrheit der Unter- und Mittelschicht das Gefühl hat, dass das bestehende demokratisch-pluralistische System ihnen eine bessere Zukunft für ihre Kinder ermöglichen kann, werden sie sich nicht dem Extremismus zuwenden. Das heißt, dass Erfolg oder Misserfolg des kürzlich erstarkten islamischen Populismus' davon abhängen, ob die gegenwärtige Regierung unter Präsident Joko Widodo das Versprechen einhalten kann, die wirtschaftliche Situation der ärmeren Hälfte der Nation zu verbessern.



Franz Magnis-Suseno  
Jakarta

Pater Franz Magnis-Suseno ist Philosoph, Anthropologe und Jesuit. Er lebt in Indonesien und setzt sich für Menschenrechte und interreligiösen Dialog ein.

